

Rückzug vom Land

DEMOGRAFIE Bauhausdirektor Philipp Oswald hält es nicht für sinnvoll und bezahlbar, dass der Staat in dünn besiedelten Gebieten das gleiche Angebot schafft wie in Städten.

DESSAU-ROSLAU/MZ - Während die Metropolen wachsen, verliert der ländliche Raum langfristig immer mehr Menschen. Diese Entwicklung ist nicht nur in Sachsen-Anhalt zu beobachten, sondern ein globales Phänomen. Das aber wirft Fragen bezüglich der Daseinsvorsorge auf - also für die Versorgung mit Strom, Wasser, Bildung, Gesundheit, Telekommunikation, Freizeit- und Kultureinrichtungen. Ein Team des Bauhauses hat sich damit beschäftigt und für drei Regionen Szenarien (siehe: Wie lebt Sachsen-Anhalt im Jahr 2050?) entwickelt, die zeigen, wie sich das Leben in unserem Bundesland im Jahr 2050 gestalten könnte. Bärbel Böttcher hat darüber mit Philipp Oswald, Direktor der Stiftung Bauhaus, gesprochen.

Herr Oswald, was bedeutet es für die Daseinsvorsorge, wenn der ländliche Raum immer dünner besiedelt wird?

Oswald: Die Idee, flächendeckend alle gleich gut zu versorgen, wird nicht mehr funktionieren. Wenn die Räume immer dünner besiedelt sind, wird es pro Kopf immer teurer, diese Versorgung vorzuhalten. Das ist letztendlich nicht mehr zu bezahlen.

Wo sehen Sie einen Ausweg?

Oswald: Wir müssen die Art der räumlichen Hierarchien hinterfragen. Die klassische Idee der Daseinsvorsorge ist doch, dass jede Kommune beispielsweise eine Kita, eine Schule, eine Arztpraxis und vieles andere vorhält. Unsere Idee ist, die Dinge großräumiger zu betrachten. Wir wollen weg vom Prinzip der zentralen Orte, hin zu einer Cloud, einer Wolke. Die Idee der Cloud ist angelehnt an die Computerwelt. Dort bedeutet das, ich habe meine Daten nicht auf dem eigenen Rechner gespeichert, aber immer Zugriff darauf. Übertragen auf den ländlichen Raum sagen wir: Nicht in jedem Ort muss alles vorhanden sein, sondern es muss gewährleistet sein, dass jeder darauf Zugriff hat.

Welchen Umfang kann Daseinsvorsorge im ländlichen Raum haben?

Oswald: Da ist die Politik ja nicht ehrlich. Die politische Rhetorik und die Wirklichkeit vor Ort sind längst zwei verschiedene Paar Schuhe. Es traut sich niemand, die immer wieder beschworene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage zu stellen. Dabei ist in der Realität schon viel weggebrochen, wenn man nur an Schulen oder den öffentlichen Nahverkehr denkt. Wir propagieren ein Modell, bei dem ganz bewusst gesagt wird, bestimmte periphere Räume werden nicht mehr so versorgt wie bisher. Das heißt, es werden die Garantieleistungen verringert, dafür aber die Freiheitsgrade der Bewohner erhöht.

Im Klartext heißt das, wer in solchen Regionen leben möchte, muss dann



Bauhausdirektor Philipp Oswald

FOTO: LUTZ SEBASTIAN

selbst sehen, wie er dort zurecht kommt?

Oswald: Ist es denn sozial zu sagen, alle zahlen etwa für Wasser und Abwasser gleich viel, wenn es bestimmte Lebensstile gibt, die deutlich mehr Gemeinkosten verursachen als andere? Das ist schon zu hinterfragen. Die Menschen müssen ja nicht mehr auf dem Land leben, um dort Lebensmittel zu produzieren. Also - wenn sich jemand irgendwo in der Einöde ansiedeln möchte, sei es ihm unbenommen. Aber dass er dann von der Gemeinschaft die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Strom, Wasser, Abwasser - die um ein Vielfaches teurer ist als im nächsten Ort - subventioniert bekommt, das ist nicht einzusehen. Und die Menschen vor Ort sind oft

innovativer und dynamischer als unterstellt. Es gibt längst unzählige Beispiele für eine selbstorganisierte Versorgung - von der Schule über den Nahverkehr bis zu Strom und Wasser.

Würden Sie soweit gehen zu sagen, dass im ländlichen Raum bestimmte Gebiete aufgegeben werden sollten?

Oswald: Es ist sinnvoll, bestimmte Gebiete aus der klassischen Daseinsvorsorge herauszunehmen. Das ginge soweit, dass auch Straßen stillgelegt würden. Die Menschen, die sich dort ansiedeln wollen, werden in die Eigenverantwortung entlassen. Für die Menschen die heute da bereits wohnen, müssen allerdings Übergangsmodelle gefunden werden.

Das heißt, die Menschen - etwa in der Altmark - rücken zusammen?

Oswald: Genau. Die Erwartung ist schon, dass die Menschen sich längerfristig in bestimmten Siedlungsteilen konzentrieren. Wenn sie das nicht wollen, müssen sie, wie gesagt, die Verantwortung für ihre Existenz selbst übernehmen.

Der Staat zieht sich also aus bestimmten Gebieten zurück?

Oswald: Wir müssen ein anderes Verständnis von Staatlichkeit bekommen, den Staat nicht mehr als Versorger betrachten, der alle Dinge bereit hält, die der Bürger dann nutzt. Vielmehr muss der Staat es dem Bürger ermöglichen, sich selbst einzubringen. Sei es, dass er Räume zur Verfügung stellt, sei es

dass er - wie bei der freiwilligen Feuerwehr - Sachkosten übernimmt oder auch bestimmte Standards herunter-schraubt. Dabei entstehen neue Kooperationen zwischen Bürgergesellschaft und staatlichen Institutionen. Der Staat bleibt also präsent. Würde er sich vollständig zurückziehen, so könnte es passieren, dass undemokratische Organisationen diese Lücke füllen. Das wäre dann eine große Gefahr für unser demokratisches Gemeinwesen.

Dieses neue Verständnis von Staatlichkeit ist aber schwer in die Köpfe zu kriegen.

Oswald: Wir müssen einfach stärker bereit sein, Dinge anders zu denken. Oft sind die Menschen vor

Ort viel beweglicher als manche staatliche Instanzen. Es gibt, gerade was die Daseinsvorsorge angeht, unheimliche Beharrungskräfte. Diejenigen, die bisher für bestimmte Dinge gesorgt haben, wollen ihre Besitzstände wahren und kämpfen zäh darum, dass alles so bleibt wie es ist. Und dann gibt es viel Symbolpolitik. Bürgermeister beharren auf ihrer bisherigen Schule, ihrem Klärwerk. Viele sind nicht bereit zu sagen, lasst uns mal über andere Modelle reden. Von dieser Form der Besitzstandswahrung und Symbolpolitik müssen wir uns verabschieden. Das können wir uns nicht mehr leisten.

Die Szenarien sind zwar im Jahr 2050 angesiedelt. Viele Weichen für die skizzierten Entwicklungen sind aber weitaus früher gestellt worden. Verschlafen wir da gerade etwas?

Oswald: Wir laufen tatsächlich Gefahr, Handlungsspielräume, die wir heute noch haben, nicht zu nutzen. Es gibt doch recht belastbare Prognosen zur demografischen Entwicklung oder auch zum Klimawandel. Auf die müssten wir uns einstellen. Das Problem ist, dass viele gesellschaftliche Diskussionen extrem kurzzeitig sind. Würden die Prognosen als mögliche Entwicklungen ernst genommen, müssten ganz andere Entscheidungen getroffen werden. Ich neige nicht zur Panikmache. Aber je langsamer wir uns in Bewegung setzen, desto mehr verbauen wir uns die Zukunft. Und das kann niemand ernsthaft wollen.

„Es traut sich niemand, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage zu stellen.“